

Selbstheilung?

Anmerkungen zur Gesundheitsreform

Na, endlich mal wieder eine Jahrhundertreform! Nur diesmal floss kein Sekt im Bundestag, wie damals nach dem Beschluss zur Riesterschen Rentenreform – dem gravierendsten Einstieg in den Ausstieg aus den solidarischen Sozialsystemen. Warum eigentlich nicht? Denn auch diesmal, wie damals, werden die so genannten Arbeitgeber an der Kostenentwicklung (diesmal) in der Gesetzlichen Krankenversicherung nicht mehr beteiligt. Aber woher soll das Geld kommen? Genial!: Es wurde der Gesundheitsfonds erfunden: Mit ihm vollzieht die Koalition das Einfrieren der Arbeitgeberanteile, die Einführung der Kopfpauschale und Elemente der Privaten Krankenversicherung in die GKV durch die Hintertür. Die GKV muss jetzt weiterentwickelt werden, wenn wir die Leistungsfähigkeit erhalten und zukunftssicher machen wollen. Andernfalls drohen weitere Erhöhungen der Beiträge um bis zu 3 Prozentpunkte. Klasse! Und jetzt kommt's: Krankenkassen, die mit den staatlich festgelegten Beiträgen nicht auskommen, werden von ihren Versicherten Zusatzbeiträge erheben müssen. Hier haben die Kassen zwei Möglichkeiten: einen prozentualen Beitrag entsprechend des Einkommens oder einen Festbetrag für alle. Nur eine Gemeinsamkeit haben beide Lösungen. Es gibt keine Beteiligung von Arbeitgebern. Deren Beitrag wird eingefroren, weitere Belastungen werden allein auf die Versicherten abgewälzt. Bis zum Schluss haben die Koalitionsparteien darüber verhandelt, wie hoch die Kopfpauschale denn sein dürfe. Nun ist die Belastungsgrenze bei einem Prozent des Bruttoeinkommens

festgelegt worden. Bis zu acht Euro werden die Kassen aber erheben dürfen, ohne dass eine Einkommensprüfung zur Anwendung kommt. Allerdings dürfen Bedürftige bei Einführung der Kopfpauschale in ihrer Kasse sofort in eine andere Kasse wechseln, die noch ohne Zusatzbeitrag auskommt. Es ist aber zu erwarten, dass bald alle Kassen Zusatzbeiträge erheben werden.

Eine für alle!

Für eine solidarische Bürgerversicherung

DIE LINKE.

Die Privatversicherungen haben sich durchgesetzt: Sie dürfen weiterhin private Vollversicherungen anbieten und werden am sozialen Ausgleich nicht beteiligt. Das heißt, sie können sich weiterhin die „besten Risiken“, junge, gesunde Besserverdienende, herauspicken. Im Gesundheitsfonds wird ab 1. Januar 2009 der Beitragssatz für alle Versicherten einheitlich festgelegt. Zunächst soll der allgemeine Beitrag noch 100 Prozent der Kosten tragen, bereits 2010 sollen bereits nur noch „minde-

stens 95 Prozent“ abgedeckt werden. Gut für die Arbeitgeber, schlecht für die Versicherten. Es droht durch die verordnete Unterfinanzierung das endgültige Aus für die Parität, da die fehlenden Mittel allein über Sonderbeiträge von den Versicherten einkasziert werden. Und die 95-Prozent-Grenze hat keinen Ewigkeitscharakter: Äußerst einfach können aus den Zusatzzahlungen 5, 10 oder 20 Prozent der Gesamtkosten der GKV werden. Verlieren werden die Kassen, die über viele ältere und chronisch kranke und gering verdienende Versicherte verfügen, da diese Kassen mit den zugewiesenen Beiträgen nicht auskommen werden und unsolidarische Zuschläge erheben müssen. Das werden sich die Mitglieder nicht gefallen lassen. Zumindest diejenigen, die über höhere Einkommen verfügen, jung oder gesund sind, werden entweder in eine andere Krankenkasse ohne Zuschläge wechseln oder sich ggf. privat versichern. Dadurch werden zuerst die großen Krankenkassen, später aber die gesamte GKV in die Pleite getrieben. Weitere Vorschläge zur Kostenreduzierung wie Bonusmodelle, Kostenerstattung, Selbstbehalte o. ä. können keinesfalls die Unterfinanzierung beheben. Diese Programme verschärfen die soziale Ungleichheit: Während Gesunde weniger Beiträge zahlen und auch mit „Teilkaskotarifen“ gut leben können, müssen Kranke auch noch die dann notwendig werdenden Beitragssteigerungen quasi im „Vollkaskotarif“ mit tragen. Das ist noch nicht alles – aber Schluss jetzt mit dem „Genöle“! Wir fordern, keinen Zusatzbeitrag für

die Versicherten einzuführen. Die entstehenden Kosten müssen durch das allgemeine und paritätisch finanzierte Beitragsaufkommen gedeckt werden. Die Bundesregierung muss an der paritätischen Finanzierung im Gesundheitssystem festhalten. Einseitige Belastungen sind unsozial und können von Millionen Menschen nicht aufgebracht werden.

Wir fordern: Um die Finanzierungsgrundlage zu sichern, ist eine Auf-, zumindest aber die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze erforderlich. Wir brauchen eine Einbeziehung aller Einkommen für die Beitragserhebung. Ansonsten werden die Kosten allein den Erwerbseinkommen aufgebürdet. Wir fordern das Ende der unsozialen Zuzahlungen – Menschen müssen unabhängig von ihrem Einkommen die Chance auf eine gute medizinische Versorgung haben! Eine höhere Beteili-

gung an den Vorsorgeuntersuchungen sollte mit Verstand, also Aufklärung, und nicht über den Geldbeutel erreicht werden.

Wir fordern die Einführung der solidarischen Bürgerversicherung. Privatversicherungen müssen auf den Markt der Zusatzversicherungen beschränkt werden!

Wir fordern: Beibehalt des Bundeszuschusses aus der Tabaksteuer und die Finanzierung der Kosten für ALG II-Empfänger und Mini-Jobber aus dem Bundeshaushalt!

Wir fordern eine Zusammenlegung von privater und gesetzlicher Krankenversicherung. Erst dann kann der Staat tatsächlich einen Versicherungsschutz für alle versprechen!

Wir fordern, alle privatwirtschaftlichen Aspekte aus der GKV heraus zu lassen. Das Gesundheitssystem darf nicht der blinden Marktgläubigkeit geopfert

werden.

Letzte Anmerkung: Als ein medizinisch ständig zu Betreuender weiß ich, wovon ich rede. Mir haben die 10 Euro pro Quartal „Eintrittsgeld“ weder Entlastungen noch gesundheitliche Vorteile gebracht. Daran wird auch ein neues Gesetz zur „Stärkung des Wettbewerbs in der Gesetzlichen Krankenversicherung“ nichts ändern. Ich kenne und schätze das Bemühen unserer Bundestags- und Landtagsabgeordneten, die für eine Reform im Sinne „der Veränderung des Bestehenden zum Besseren“ streiten, auch wenn sie in den Medien unterpräsentiert bzw. gar nicht gewürdigt werden und erst recht (noch) nicht politische Entscheidungen herbeiführen können. Lasst uns in einer gemeinsamen starken „Linken“ für eine solidarische Gemeinschaft kämpfen – auch in der Gesundheitspolitik (und –vor allem Praxis!).

Reinhard Grützner

Basiskonferenz gab Impulse zur Parteineubildung – Satzungsdebatte hatte 56 Teilnehmer

Am 26. Januar 2007 fand die zweite Basiskonferenz zur Parteineubildung in Leipzig statt. In ihrem Mittelpunkt standen diesmal die Bundes- und Landes-



satzung der neuen Partei.

In seinem Impulsreferat betonte Ingo Groepler-Roeser: „... im Unterschied, im Gegensatz zu einer programmatischen Debatte, braucht eine neue Partei eine Satzung zu ihrem Gründungstag“. Aus diesem Grunde ist die verbleibende Zeit bis zur Parteigründung äußerst kurz. Eine Programmdebatte kann auch nach der Parteigründung im Juni dieses Jahres fortgeführt werden. Er bezeich-

nete den vorliegenden Entwurf der Bundessatzung als „... moderne, neue und linke Satzung, als Komposition eines linken Neuanfangs auf historischen Grundlagen“.

Enrico Stange hob im nachfolgenden Impulsreferat hervor, er sprach zum Entwurf der Landessatzung, dass die Satzung das Regelwerk ist, nach dem eine Partei funktionieren soll. Der Entwurf sollte die Erfahrungen beider Parteien – von Linkspartei und WASG – reflektieren. Nachhaltig setzte er sich mit der Funktion des Landesrates auseinander. Er verwendete sich für einen



Landesrat, der wie im Entwurf der Landessatzung vorgeschlagen, als höchstes Organ zwischen den Landesparteitagen der neuen Partei handelt. Weiterhin erläuterte er Übergangsbestimmungen, die den ehemaligen Mitgliedern der WASG besondere Rechte geben, wie z. B. für eine Übergangszeit „die doppelte Mehrheit“.

Gerhard Lauter erläuterte in seinem Impulsreferat die Notwendigkeit der Vereinsbildung auf dem außerordentlichen Parteitag, die darin begründet liegt, dass es laut Parteiengesetz keine Fusion gibt, das Vereinsrecht sieht aber eine Vereinigung vor. Um jeglichen Anfechtungen nach dem Zusammenschluss von Linkspartei.PDS und WASG zu entgehen, fand die Vereinsbildung beider Parteien statt. Abschließend be-

gründete er die Notwendigkeit der Diskussion zur Entwicklung einer Satzung und benannte die durch den Stadtvorstand berufenen Mitglieder der Satzungsgruppe (Sonja Buchterkirchen, Barbara Dietrich, Ute Müller, Gerhard Lauter, Michael-Alexander Lauter und Sören Pellmann). Die WASG hat als Mitglieder für diese AG Jochen Beißert, Jenny Gullnick, Ralf Stautenberg und Ingo-Groepler-Roeser berufen.

In der nachfolgenden Diskussion wurde mehrfach die Rolle des Landesrates problematisiert. So trugen sowohl Heinz Bilan, Bernd Keonitz und Siegfried Schlegel Argumente gegen einen Landesrat in der Form eines „Kleinen Landesparteitages“ vor. So wandte sich Siegfried Schlegel „... eindeutig gegen solche Konstruktionen“ und sprach sich andererseits für eine weitere Stärkung der Rolle der Landesparteitage aus.

Paul Frost widersprach Ingo Groepler-Roeser und betonte der „Entwurf der Bundessatzung vergeigt die Chance, die der Entwurf des programmatischen Gründungsdokumentes der Partei DIE LINKE vom 10. 12. 2006 den deutschen Linken bietet“. Am deutlichsten wird dies u. a. in der Streichung der Rechte der Mitglieder „umfassend und wahrheitsgemäß informiert zu werden“ und „für die Propagierung seiner politischen Auffassungen die Informations- und Kommunikationsmedien der Partei zu nutzen“. Im Stadtvorstand kann eine CD-ROM erworben werden, die neben dem Mitschnitt der Basiskonferenz auch Dokumente und Bilder von der Basiskonferenz enthält. Zusätzlich werden die Dokumente und Redebeiträge in kürze als Reader in den Geschäftsstellen der Stadtverbände der Linkspartei.PDS und der WASG Leipzig, der Linksfraktion.PDS Leipzig und den Wahlkreisbüros der Bundestags- und Landtagsabgeordneten in Leipzig zur Einsicht und zum Kopieren bereit gestellt.

Gerd Eiltzer



Fotos: G. Eiltzer

Leipziger Bündnis gegen G8

Bereits im Dezember 2006 hat sich das Leipziger Bündnis gegen G8 gegründet. Intention des recht breiten Netzwerkes ist die Sensibilisierung der Leipziger Bevölkerung für die Kritik an dem im Juni 2007 turnusmäßig tagenden Gesprächskreis von acht der wirtschaftsstärksten Staaten der Welt. Jene stehen exemplarisch für eine kapitalistisch-neoliberale weltpolitische Linie, die nicht zuletzt auf kommunaler Ebene sichtbar wird. Die Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge, die Aushebelung von Tariflöhnen und die mit diesen unsozialen Schritten verbundene Ent-Demokratisierung sind stets im globalen Kontext zu betrachten. Der neoliberale Dreiklang von Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung, den die Weltpolitik wie seine Institutionen (z. B. WTO oder IWF) vorantreiben, trifft zudem die so genannten Schwellen- und Entwicklungsländer qualitativ viel härter als die westlichen Industriestaaten. Deutschland hat 2007 den G8-Vorsitz inne und hat für den Gipfel in Mecklenburg-Vorpommern unter anderem die Investitions-

freiheit in den Schwellen- und Entwicklungsländern und den Kampf gegen Marken- und Produktpiraterie auf die Agenda gesetzt. Auch das Wirtschaftswachstum Afrikas und Fragen von Energieeffizienz und Klima stehen zur Debatte. Einen Schritt in Richtung einer tatsächlichen und bedingungslosen Entschuldung afrikanischer Staaten und einer Trendwende in Sachen nachhaltigem und ökologischem Wirtschaften darf von dem nicht demokratisch legitimierten Netzwerk der 8 Staatschefs und Staatschefinnen nicht erwartet werden.

Im Leipziger Bündnis gegen G8 arbeiten zurzeit ca. 15 Initiativen, Gruppen und Akteure mit: Neben Gewerkschaftsjugenden, attac, der Aktionsgemeinschaft Flughafen natofrei!, der Arbeitsstelle Eine Welt in der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens, der Cinéma-thèque Leipzig, den Jusos oder der Roten Hilfe Leipzig sind auch die Linkspartei.PDS Leipzig, die Linke Hochschulgruppe, die AG Soziale Politik in und bei der Linkspartei Leipzig sowie das linXXnet aktiv beteiligt.

Am 14. März 2007 werden im Rahmen der Bündnisaufaktveranstaltung im UT Connewitz verschiedene Aspekte der Kritik an der „real existierenden Globalisierung“ thematisiert, in Filmen illustriert und alternative Vorstellungen des globalen Zusammenlebens und -wirtschaftens diskutiert werden. Bis zum Juni werden dann verschiedene Veranstaltungen und Aktionen folgen. Schlussendlich geht es darum möglichst viele Menschen aus Leipzig zu motivieren an den konkreten Protesten gegen den Gipfel vom 6. bis 8. Juni 2007 in und um Heiligendamm teilzunehmen.

Termine:

Mittwoch, 14. März 2007, 20 Uhr, UT Connewitz, Wolfgang-Heinze-Str. 12 a
Aufaktveranstaltung des Leipziger Bündnisses gegen G8

Filme – Diskussion – Information
Nächstes Bündnistreffen:

19. Februar 2007, 18 Uhr, Frau Krause, Simildenstraße in Connewitz
im Netz:

www.dissentnetzwerk.org/wiki/Leipziger_G8_Buendnis

Juliane Nagel

Drei Problemkreise bei der Parteinneubildung

Unsere Basisgruppen, Basisgruppe Deiwitzgrund und Basisgruppe Sächsische Schweiz (beide Leipzig-Grünau), haben sich in mehreren Beratungen mit der bevorstehenden Parteinneubildung beschäftigt. In der Versammlung am 6. Februar 2006 wurde festgelegt, unsere Meinung zu drei Problemkreisen als Information für die übergeordneten Leitungen zusammenzufassen.

1. Wie ordnen wir für uns selbst die bevorstehende Bildung einer neuen Partei insgesamt ein?

Wir gehen davon aus, dass das Entstehen einer pluralistischen gesamtdeutschen Linkspartei der effektivste Weg ist, dem Streben nach Friedenspolitik, sozialer Gerechtigkeit und größerer Chancengleichheit aller Mitglieder der Gesellschaft mehr Geltung zu verschaffen. Wir erwarten, dass es gelingt, von unterschiedlichen politischen Traditionen aus zu einem einheitlichen Handeln in diesem Sinne zu gelangen. Die bevorstehende Bündelung der linken Kräfte sehen wir als eine historische Chance, die nicht verspielt werden darf

— auch wenn die Verständigung über Details des Parteiprogramms mit dem Gründungsparteitag sicher nicht abgeschlossen sein kann und wird. Wir legen jedoch Wert darauf, dass das Streben nach einem demokratischen Sozialismus eine wesentliche Tradition dieser neuen Partei ist — das Hinzukommen anderer Vorstellungen, die dieser nicht entgegengesetzt sind, akzeptieren wir als eine Bereicherung.

2. Wie ist nach unserer Erfahrung die Öffentlichkeitswirkung dieses Prozesses?

Mit einer gewissen Sorge sehen wir, dass der Gründungsprozess in den beiden Parteien und ihrem Umfeld offenbar so viel Kraft erfordert, dass die Ausstrahlung linker Politik nach außen zurzeit geschwächt wird. Dazu kommt, dass die politischen Gegner und seine Medien gerade jetzt Initiativen der Linken wie das Memorandum zur Europäischen Union und die Vorschläge der Bundesfraktion zur Verbesserung der Staatseinnahmen durch „Aussetzen“ ins Leere laufen lassen.

Es muss gelingen, eine gewisse Neugier der Menschen am Entstehen der neuen Partei, weniger mit Meinungen zu irgendwelchen Quereleien als mit der Erläuterung von inhaltlichen Vorstellungen zu begegnen — in diesem Sinne wollen wir selbst in nächster Zeit in persönlichen Gesprächen stärker wirksam werden und wünschen uns das öffentliche Auftreten unserer Funktionäre.

3. Was vermissen wir in den Gründungsdokumenten der neuen Partei am meisten?

Der Einfluss der PDS auf die Bürger in Leipzig-Grünau gründet sich neben guter zentraler Vorstellungen auch ganz wesentlich auf ihre Umsetzung in der Kommunalpolitik. Genossen die in Vereinen und Initiativen tätig sind, nicht zuletzt unsere Abgeordneten, die sich erkennbar für berechnete konkrete Interessen im Territorium einsetzen, tragen solchermaßen wesentlich zur Wahrnehmung der Partei bei. Deshalb meinen wir, dass die Arbeit „vor Ort“ noch stärker als bisher im Parteiprogramm festgeschrieben und verankert werden müsste.

Weitere Verjüngung des Marienbrunner Ortsvorstandes

Nach zwei Jahren wurde im Ortsverband Marienbrunn ein neuer Vorstand gewählt. Dabei gelang es uns, aus den neuen Mitgliedern des Ortsverbandes Kandidaten für den neuen Vorstand zu gewinnen und damit eine weitere Verjüngung zu erreichen.

Im neuen Vorstand wurden André Berg (Vorsitzender), Gudrun Bibrack (Schatzmeisterin), Renate Vogt, Prof. Harry Pawula, Hans Haupt und Thomas

Seeliger wieder bestätigt. Als neue Mitglieder des Vorstandes wurden Simon Zeise, Alexander Nees und Friedrich Kellermann gewählt.

Aus zeitlichen Gründen gehören Angelika Eichhorn und Liane Diers leider nicht mehr dem neuen Vorstand an. Wir bedanken uns bei beiden Mitgliedern für die langjährige und erfolgreiche Arbeit.

Andre Berg

Bildungsfahrt der AG Junge GenossInnen Leipzig zur Gedenkstätte Deutscher Widerstand Berlin

Unsere diesjährige Bildungsfahrt führt uns am 28. / 29. April in die Gedenkstätte Deutscher Widerstand nach Berlin. Für Interessenten sind 30 bzw. 15 Euro ermäßigt zu zahlen (inkl. Busfahrt, Eintritte, Übernachtung mit Abendbrot und Frühstück). Anmeldung per Mail: agjg@linksparteileipzig.de, oder per Tel./Fax: (0341) 14064411/18.

Am Samstag fährt der Bus um 6:30 Uhr in der Goethestraße ab. Neben der Gedenkstättenbesichtigung findet eine Stadtführung mit antifaschistischem Schwerpunkt durch Berlin und ein Besuch des Dt. Bundestages statt. Am Abend laden wir zu Gesprächen am Lagerfeuer. Sonntag besichtigen wir das DDR-Museum.

AG Junge GenossInnen Leipzig

Dietrich-Kittner in Leipzig

17. März 2007 - 19:00 Uhr
Alte Handelsbörse

Kabarett-Veranstaltung mit Dietrich Kittner: „Bürger hört die Signale! oder Agenda der Durchgeknallten“

Karten für diese Veranstaltung zum Preis von 5 Euro (ALG-2-Empfänger, Schüler, Studenten) bzw. 12 Euro in der Geschäftsstelle der Linkspartei.PDS im Liebknecht-Haus, Braustr. 15 erhältlich.

Rede im Netz

Handlungsfähigkeiten gewinnen – Lebensverhältnisse sozial gestalten: Redebeitrag der Fraktionsvorsitzenden Dr. Ilse Lauter zum Haushaltsplanentwurf 2007 in der Ratsversammlung am 7. Februar 2007 unter:

www.linksfraktionpds-Leipzig.de

Protest bei BMW in Leipzig gegen Rente mit 67

Auf dem Gelände des BMW Konzerns in Leipzig versammelten sich am 26. Januar 2007 über 700 Beschäftigte um ihren entschiedenen Protest gegen die Regierungspläne einer Erhöhung des Rentenalters auf 67 zu manifestieren. "In eisiger Kälte, aber mit heißem Herzen gegen soziale Kälte" so formulier-

ten die GewerkschaftsvertreterInnen die Entschlossenheit der TeilnehmerInnen sich gegen die Rentenkürzungspläne zu wehren. Jens Köhler, Betriebsratsvorsitzender von BMW Leipzig, Sieglinde Merbitz, 1. Bevollmächtigte der IG Metall Sachsen, übergaben im Anschluss an die Protest-

kundgebung der Abgeordneten des Deutschen Bundestages, Barbara Höll, eine Resolution der Beschäftigten von Unternehmen, die auf dem Gelände von BMW angesiedelt sind.

Sie baten die Politikerin der Linksfraktion um eine Weiterreichung an die Regierenden in Berlin.

MdB Dr. Barbara Höll

Gleichstellung ist eine zentrale Frage der Demokratie

Anlässlich der Eröffnungsveranstaltung zum „Jahr der Chancengleichheit für alle“ durch die Bundesministerin Ursula von der Leyen erklären die fachpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Fraktion DIE LINKE., Kirsten Tackmann, Diana Golze, Dr. Barbara Höll, Ilja Seifert, Jörn Wunderlich und Sevim Daädelen:

Gerade im „Europäischen Jahr der Chancengleichheit für alle“ geht es um mehr als nur die formale Gleichstellung! Es geht um die Verwirklichung sozialer Rechte, sonst bleibt es beim liberalen Wettbewerbsdenken.

Wirkliche Chancengleichheit ist erst dann erreicht, wenn alle Frauen, Männer und Kinder, tatsächlich gleichbe-

rechtigten Zugang zu allen Lebensbereichen erlangen, egal aus welchen Gründen sie derzeit von der gleichen Teilhabe an unserer Gesellschaft ausgeschlossen werden. Bei der Durchsetzung von Chancengleichheit sollten nicht erneut kurzfristige Programme im Vordergrund stehen. Vielmehr geht es darum, die Ursachen für strukturelle Benachteiligungen zu beseitigen.

Darum fordert DIE LINKE.:

- Stärkung der europäischen und demokratischen Zivilgesellschaft durch gleichberechtigte Integration aller Mitgliedsstaaten
- Schaffung eines rechtsverbindlichen Rahmens zur Stärkung der sozialen, politischen und kulturellen Bürgerrechte

- die konsequente Evaluierung der Umsetzung der Antidiskriminierungsrichtlinien

- die Nachbesserung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes in Deutschland in Bezug auf das Verbandsklagerecht, Beweislastregeln und Ausnahmetatbestände.

Für ihre gleichberechtigte Teilhabe werden wir LINKEN. uns auch in Zukunft stark machen, denn für uns kann es keine soziale Gerechtigkeit ohne Freiheitsrechte und Gleichstellung für alle geben. Und das nicht nur „im Jahr der Chancengleichheit für alle!“ Wie glaubwürdig die Impulse wirklich sind, die von der deutschen Ratspräsidentschaft zur Durchsetzung von Chancengleichheit in Europa ausgehen werden, wird sich immer an der Politik im eigenen Land messen lassen müssen.

Fiskalische Samtpfötchen gegenüber reichen Erben abstreifen

Zum Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zur Erbschaftssteuer erklärt die stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE., Dr. Barbara Höll:

Das Urteil ist ein Schritt in Richtung einer Gleichbehandlung aller Vermögensarten. Leider springt das Bundesverfassungsgericht zu kurz. Der Gesetzgeber kann weiterhin besondere Freibeträge, Tarife und Privilegien bei bestimmten Erben festschreiben. Die SPD setzt sich inzwischen für eine höhere Besteuerung beim Immobilienerbe ein. Das begrüßen wir ausdrücklich. Nur sollte sie sich endlich auch von den Vergünstigungen beim Betriebsvermögen verabschieden. Es kann nicht akzeptiert werden, dass die kleinen Leute immer mehr belastet, Vermögende und reiche Erben aber mit fiskali-

schen Samtpfötchen behandelt werden.

Erben ist kein Verdienst, sondern Glück. DIE LINKE. fordert daher eine sozial gerechte Erbschaftssteuerreform. Sie sollte dazu beitragen, die das Gemeinwesen gefährdende Vermögenskonzentration aufzuhalten und die Verarmung der öffentlichen Hand zu stoppen. In einem parlamentarischen Antrag fordern wir zudem eine marktnahe Bewertung aller Vermögensarten und ihre steuerliche Gleichbehandlung. Auch sollten Erbinnen und Erben unabhängig von ihrer Beziehung zum Erblasser gleichgestellt sein.

Die gerechte Besteuerung von Erbschaften ist ein Gebot der Stunde, um die soziale Schieflage in Deutschland nicht weiter zu verschärfen.

MdB Dr. Barbara Höll

15 Jahre und kein bisschen leiser

Die Arbeitsgemeinschaft Senioren beim Stadtverband der Linkspartei.PDS Leipzig begeht ihr **15jähriges Jubiläum** am

**Do., 22. März 2007,
10:00 Uhr**
in einer kleinen Feierstunde
im **Klub der Volkssolidarität,
Gottschedstraße 31**

Keine Grundschulklassen mit mehr als 25 Schülern!

Zu den Klassengrößen an den allgemein bildenden Schulen im Freistaat Sachsen erklärt die bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion.PDS, Cornelia Falken:

Die gesunkenen Klassengrößen an den Schulen im Freistaat Sachsen sind aus Sicht der Linksfraktion.PDS ein erfreu-

licher Aspekt. Dennoch bleibt erstens festzuhalten, dass Klassengrößen von über 28 Schülerinnen und Schülern gegen die Vorgaben des Schulgesetzes verstoßen. Und zweitens spiegeln erfreuliche Durchschnittswerte nicht die tatsächliche Situation an Schulen und in Klassen wider.

Bei ansteigenden Schülerzahlen im

Grundschulbereich und ohne zusätzliche Lehrerstellen im Haushalt 2007/2008 sind Klassenstärken von 28 Schülerinnen und Schülern und mehr inakzeptabel. Zur Steigerung der Unterrichtsqualität und zur Verringerung der Zahl von Schülerinnen und Schülern, die die Schule ohne einen Abschluss verlassen, fordern wir Grundschulklassen, die eine Klassengröße von 25 nicht übersteigen.

MdL Cornelia Falken

Arbeitslosenstatistik Januar: Weitere Vergrößerung des Negativabstandes Leipzigs zum sächsischen Durchschnitt

Trotz des Anstieges der offiziell registrierten Arbeitslosen in Leipzig gegenüber dem Vormonat um 2.154 handelt es sich dennoch um den seit langer Zeit niedrigsten Stand für den Monat Januar. Immerhin ging die Zahl der Arbeitslosen im Vergleich zu Januar 2006 um rund 12.000 zurück.

Auch für Leipzig dürften sich der milde

Winter und der bundesweite konjunkturelle Aufschwung positiv ausgewirkt haben. Dennoch sind diese Auswirkungen in unserer Stadt geringer als in Sachsen. Während im Freistaat die Arbeitslosenquote von 19,1 auf 16,7 Prozent zurückging, reduzierte sich diese in Leipzig lediglich von 19,5 auf 17,8 Prozent. Damit ist der Abstand Leipzigs

zu den meisten anderen sächsischen Regionen, insbesondere zu Dresden, weiter gewachsen. Hinzu kommt, dass die offizielle Statistik nach wie vor das Ausmaß von Arbeitslosigkeit nicht vollständig abbildet. So bleiben die Inhaber eines 1-Euro-Jobs ebenso unberücksichtigt wie jene wachsende Personengruppe, die die Arbeitssuche bereits aufgegeben hat oder vorzeitig in Altersrente gegangen ist. Es besteht also gerade in Leipzig keinerlei Anlass zu eventueller Beschönigung der Situation.

MdL Dr. Dietmar Pellmann

Essentials der Linken für Novelle des Kulturräum-Gesetzes – Lob für Politikstil der neuen Ministerin

Zur anstehenden Novellierung des Gesetzes über die Kulturräume erklärt der kulturpolitische Sprecher der Linksfraktion.PDS im Sächsischen Landtag, Dr. Volker Külöw:

Der Auftakt für die dringend erforderliche Novellierung des Kulturräumgesetzes gestaltete sich ungewöhnlich. Staatsministerin Frau Dr. Stange trat mit Thesen und nicht mit einem fertigen Gesetzentwurf an die kulturpolitische Öffentlichkeit und forderte diese zur offenen Diskussion auf. Dieser

Politikstil, der auf öffentliche Beratung und nicht bloß auf ein innerministerielles Vorgehen setzt, fällt im jetzigen Regierungskabinett aus dem üblichen Rahmen. Die Linksfraktion.PDS wird die Offerte nutzen und sich konstruktiv an der Novellierung des Kulturräumgesetzes beteiligen.

Als Essentials betrachten wir dabei, dass Kulturpflege als Pflichtaufgabe der Gemeinden und Landkreise festgeschrieben, die Vielfalt der Sparten gewahrt, die demokratische Ausgestaltung verbessert, die Finanzierung soli-

darisch geregelt und die bisherige Höhe des Landeszuschusses keinesfalls unterschritten wird. Das Gesetz sollte entfristet und in Kulturentwicklungspläne in den Kulturräumen eingebettet werden. Der territoriale Zuschnitt der Kulturräume sollte nicht mit dem der Landkreise identisch sein.

Schon jetzt zeichnet sich ab, dass die Staatsministerin den größten Widerstand im eigenen Kabinett zu überwinden haben wird. Denn während unter den kulturpolitischen Akteuren weitgehende Übereinstimmung herrscht, sind aus dem Finanzministerium Töne zu vernehmen, die nichts Gutes erwarten lassen.

MdL Dr. Volker Külöw

Bildungsagenturen funktionieren noch schlechter als Regionalschulämter – nur Übergangslösung

Die Strukturmaßnahmen im Kulturbereich bedeuten eine vorgezogene Verwaltungsreform, die über die Köpfe aller Beteiligten hinweg und ohne öffentliche Diskussion erfolgt ist.

Die Regionalstellen der Sächsischen Bildungsagentur (SBA) in Bautzen, Chemnitz, Dresden, Leipzig und Zwickau können ihre Aufgaben in neuer Struktur noch schlechter wahrnehmen als vorher. Sie verfügen zwar über eine

eigene Abteilung „Qualitätssicherung“. Die Regionalstelle in Leipzig arbeitet jedoch ohne den notwendigen Abteilungsleiter, und in Zwickau und Bautzen werden die Abteilungsleiter die Leitung der Regionalstelle gleich mit übernehmen. Dort ist erst gar kein Regionalstellenleiter als eigenständiger Leiter vorgesehen. In Chemnitz, wo die Sächsische Bildungsagentur angesiedelt ist, übernimmt der Leiter der

Bildungsagentur gleichzeitig den Job des Leiters der Regionalstelle.

Die Linksfraktion.PDS war immer schon der Meinung, die Regionalschulämter sollten abgeschafft und den Schulen dafür größere Eigenverantwortung gegeben werden. Mit der nunmehrigen Bildungsagentur und ihren Regionalstellen tritt sogar noch eine Verschlechterung bei der Schulaufsicht bzw. -beratung ein. Daher kann die neue Struktur nur eine Übergangslösung sein.

MdL Cornelia Falken

Trotz Zustimmung zum Abriss der alten Wohnhäuser am Brühl sieht Linksfraktion Art und Umfang der geplanten Verkaufsfläche kritisch

Die Linksfraktion.PDS hat sich in ihrer Fraktionssitzung zur Neuordnung des Areal zwischen Brühl und Richard-Wagner-Straße verständigt. Dabei ging es nicht um eine Entscheidung für oder gegen den Investor mfi, wie die LVZ in ihrer heutigen Ausgabe titelte. Die Linksfraktion wird der Rückbau-

förderung für die Wohngebäude am Brühl zustimmen. Kritischer sieht sie die Vorlagen zum Verkauf von Teilflächen am Brühl sowie den Zukauf von Flächen durch die LWB, um Ersatzwohnraum zu schaffen. Hier wird es auch kein einheitliches Votum geben. Kritikpunkte sind nach wie vor Art und

Umfang der Verkaufsfläche sowie der zu geringe Wohnanteil bei der Neubebauung. Für uns wird es wichtig sein, auf diese Kritikpunkte bei der weiteren Planung Einfluss zu nehmen.

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der vorgaukelt, dass jetzt die Entscheidungen fallen, ist dabei nicht zielführend.

*Dr. Ilse Lauter
Fraktionsvorsitzende*

Initiative der Linksfraktion zur Lösung der Garagenproblematik war erfolgreich

In Leipzig gibt es auf städtischem Grund und Boden über 11.000 Garagen. Nach DDR-Recht war diese Konstellation gang und gäbe. Das Bürgerliche Gesetzbuch dagegen sieht immer einen einheitlichen Besitz von Baulichkeit sowie Grund und Boden vor. Entsprechende Übergangsbestimmungen im Einigungsvertrag, das Schuldenrechtsanpassungsgesetz, endeten für Garagen am 31.12.2006. Ab Januar 2007 hätte die Stadt die Nutzungsverträge kündigen und die Garagen durch die Besitzer entfernen lassen können. Obwohl die Stadt bereits 2004 auf Anfragen die Auskunft gab, an den bestehenden Verträgen nichts ändern zu wollen, fühlten sich viele Besitzer von Garagen verunsichert und wollten einen entsprechenden Beschluss. Die Linksfraktion brachte deshalb im

Juni 2006 Vorschläge zur Lösung dieser Problematik in Form eines entsprechenden Antrages in die Ratsversammlung ein. In langen Diskussionen mit den anderen Fraktionen, der Verwaltung und dem Verband der Leipziger Garagenvereine und Garagentgemeinschaften auf kommunalem Grund und Boden entstand letztlich ein gemeinsamer Vorschlag der Mitglieder des Grundstücksverkehrsausschusses von Linksfraktion, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP/Bürgerfraktion. Dieser sieht vor, dass die Stadt Leipzig nicht von ihrem Kündigungsrecht Gebrauch macht und die bestehenden Pachtverträge auch weiterhin Bestand haben sollen. Ausnahmen sind bei geplantem Straßenbau, bei Investorenwunsch oder bei Vertragsverletzungen der Bodennutzer möglich.

Der Bestand dieser Garagenhöfe sichert der Stadt Einkünfte aus den - natürlich gebührenanpassungsfähigen - Nutzungsverträgen. Außerdem sind Ordnung und Sicherheit auf diesen Höfen für die Stadt und eine sichere Aufbewahrung der Fahrzeuge für die Garagenutzer gegeben. Der Umfang des ruhenden Verkehrs auf Leipzigs Straßen wird verringert.

Der Beschluss sieht weiterhin vor, dass die Stadtverwaltung den Verkauf von Grund und Boden an die Garagentgemeinschaften, die den Kauf wünschen, zeitnah und unbürokratisch prüft.

Dieser Beschlussvorschlag wurde mehrheitlich angenommen und wird hoffentlich die entstandene Verunsicherung vieler Bürger beenden.

Der genaue Beschlusstext ist unter www.linksfraktionpds-Leipzig.de nachzulesen.

Dr. Bernhard Brand

Chaotische Stadtratsentscheidung durch LWB ausgenutzt

Es ist das eingetreten, was zu erwarten war: Nach einer schlecht vorbereiteten und chaotischen Entscheidung im Stadtrat weiß niemand so richtig, was eigentlich zur Bebauung des Brühlareals beschlossen wurde. Weil das voraussehen war, hatte die Linksfraktion.PDS eine Absetzung von der Tagesordnung beantragt. Mit der Mehrheit von SPD und CDU wurde dieser Antrag allerdings abgelehnt. Stattdessen wurde ein Antrag der CDU-Fraktion bestätigt, der für noch mehr Unklarheit sorgt und schon gar nicht zur eigentlichen Problemlösung beiträgt.

Diese Situation wurde nun durch Stadt und LWB ausgenutzt, um den Beschluss zum Verkauf der Fläche an mfi herbei zu führen. Auch wenn dies unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Stadtrates zum städtebaulichen Rahmenvertrag geschah, so wird es nun sehr schwer sein, am Grundkonzept von mfi etwas wesentliches zu ändern.

Wir befürchten, dass die Größe der Verkaufsfläche mit 23.000 m² (ohne Blechbüchse) relativ fest geklopft wurde. An dieser Stelle erneuern wir unsere grundsätzliche Kritik. Für eine große Mehrheit der Stadträtinnen und

Stadträte der Linksfraktion.PDS sollte die maximal zulässige Verkaufsfläche nicht mehr als 18.000 m² (ohne Blechbüchse) betragen. Zahlreiche Institutionen und Organisationen verweisen „auf die drohenden negativen städtebaulichen Effekte der Umsatzverdrängung in der Geschäftslage der Leipziger Innenstadt“. Den kritischen Hinweisen schließen wir uns an.

Zum anderen erwarten wir, dass der Wohnanteil bei der Neubebauung mindestens 20 % beträgt. Die Schaffung von Ersatzwohnraum außerhalb des Areals zwischen Brühl und Richard-Wagner-Straße akzeptieren wir nicht.

*Dr. Ilse Lauter
Fraktionsvorsitzende*

Regelmäßige Termine

Beratung der Ortsvorsitzenden und Sprecher der Zusammenschlüsse

3. Dienstag im Monat, 18:30 Uhr

AG Betrieb & Gewerkschaft

jeden 2. Donnerstag, 19:00 Uhr

AG Cuba si

jeden 2. Dienstag, 18:00 Uhr

AG Junge GenossInnen

jeden 1. Mittwoch, 18:30 Uhr

AG Lisa

jeden 3. Montag, 19:00 Uhr

AG Parteireform von unten

jeden 3. Donnerstag, 19:00 Uhr

AG Senioren

jeden 1. Donnerstag, 9:00 Uhr

AG Soziale Politik

jeden 1. Dienstag, (Arbeitsberatung) und

jeden 4. Dienstag, (thematische Veranstaltung, 18:00 Uhr, linxxnet.

AG Tollwut

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

GBM e. V. – Sprechstunden

jeden 1. Montag, 9:15 bis 11:15 Uhr

GRH e. V. – Sprechstunden

jeden 3. Mittwoch, 15:00 Uhr

ISOR e. V.

jeden 4. Mittwoch, 16:00 Uhr, Messemagistrade, Straße des 18. Oktober 10 a

Kommunistische Plattform

jeden 1. Donnerstag, 18:30 Uhr

Ökologische Plattform

jeden 1. Mittwoch, 19:00 Uhr

Marxistisches Forum

jeden 1. Dienstag, 18:00 Uhr

Die Linke.Hochschulgruppe

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

Rentenberatung

Termine nach telefonischer Vereinbarung unter Tel.: 14 06 44 11

Stadtvorstandssitzung

jeden 2. Dienstag, 19:00 Uhr

Alle Veranstaltungen ohne Ortsangabe finden im Liebknecht-Haus (LHL) statt. Das linxxnet befindet sich in der Bornaischen Straße 3 d.
Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) hat ihren Sitz in der Harkortstraße 10.

Terminvorschau

Sa., 24. Februar 2007 - 20:00 Uhr

Filmabend der AG Junge GenossInnen. Gezeigt wird der Film: Kick It Like Frankreich. Der Eintritt ist frei. LHL.

Di., 27. Februar 2007 - 18:00 Uhr

Vortrag und Diskussion: "Dantons Tod oder die Aporie der praktischen Vernunft. Zum 170. Todestag Georg Büchners." Mit Dr. Michael Masanetz, Leipzig, RLS.

Mi., 28. Februar 2007 - 14:00 Uhr

Infostand: „Leipzig braucht ein Sozialticket“, Nikolaikirchhof.

Mi., 28. Februar 2007 - 18:00 Uhr

Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Gohlis-Nord der Linkspartei.PDS: Was kann, was will das Bürgerbüro vor Ort im Territorium leisten. Bürgerbüro MdL Cornelia Falken, Georg-Schumann-Str. 112.

Mi., 28. Februar 2007 - 18:30 Uhr

Vortrag und Diskussion: "Der Kuchen wird verteilt – Politik und Wirtschaft in Zentralafrika nach den Wahlen in der Demokratischen Republik Kongo." Mit Dr. Jürgen Kunze, Afrikanist, Soziologe, Vorsitzender der Deutsch-Afrikanischen Gesellschaft, Leipzig, Klub Gshelka, An der Kotsche 51.

Mi., 28. Februar 2007 - 18:30 Uhr

Die Arbeitsgruppe Politische Bildung lädt unter dem Thema: „China im 21. Jahrhundert“ zum Bildungsabend ein. Diskussionspartner: Gen. Dr. Wolfram Adolph, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Bundestagsab-

geordneten der Linkspartei. PDS Roland Claus, Stadtteilzentrum Messemagistrade, Str. d. 18. Oktober 10a.

Do., 1. März 2007 - 9:00 Uhr

Beratung der AG Senioren: Internationaler Frauentag. Mit Hassan Zeinel Abidine. LHL.

Do., 1. März 2007 - 19:00 Uhr

Gesicht zeigen gegen rechts! Wie weiter im Kampf gegen Worch und Co? Podiumsdiskussion u. a. mit Heiko Rosenthal (Bürgermeister, Linkspartei.PDS), Erich-Zeigner-Haus, Zschochersche Str. 21.

Di., 6. März 2007 - 18:00 Uhr

Marxistisches Forum Leipzig: Die Nelkenrevolution in Portugal und die heutige Rolle der PCP: Referent: Dr. Klaus Steiniger (Berlin). LHL.

Mi., 7. März 2007 - 14:00 Uhr

Infostand: „Leipzig braucht ein Sozialticket“, Nikolaikirchhof.

Mi., 7. März 2007 - 18:00 Uhr

Beratung von MdL Cornelia Falken mit den Stadträten und Stadtbezirksbeiräten zur kommunalpolitischen Situation in ihrem Wahlkreis, Bürgerbüro MdL Cornelia Falken, Georg-Schumann-Straße 112.

Do., 8. März 2007 - 10:00 Uhr

Literarischer Frühschoppen mit Leseproben schreibender Frauen der Freitagswerkstatt. Ein kleines Frühstück dient zur Stärkung zwischendurch. Bürgerbüro MdB Dr. Barbara Höll, Gorkistraße 120.

Mo., 12. März 2007 - 17:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit MdL Cornelia Falken, Bürgerbüro MdL Cornelia Falken, Georg-Schumann-Straße 112.

Di., 13. März 2007 - 19:00 Uhr

Sitzung des Stadtvorstandes, LHL.

Mi., 14. März 2007 - 14:00 Uhr

Infostand: „Leipzig braucht ein Sozialticket“, Nikolaikirchhof.

Mi., 14. März 2007 - 14:00 Uhr

Kreativnachmittag im Bürgerbüro von MdB Dr. Barbara Höll. Der Jahreszeit gemäß, soll vor allem an Osterdekoration gebastelt werden. Bürgerbüro MdB Dr. Barbara Höll, Gorkistraße 120.

Mi., 14. März 2007 - 14:00 Uhr

Sitzung des Leipziger Stadtrates, Neues Rathaus, Stadtratssaal.

Sa., 17. März 2007 - 20:00 Uhr

Filmabend der AG Junge GenossInnen. Gezeigt wird der Film: Das Leben der Anderen. Der Eintritt ist frei, LHL.

Mi., 21. März 2007 - 14:00 Uhr

Infostand: „Leipzig braucht ein Sozialticket“, Nikolaikirchhof.

Mi., 21. März 2007 - 17:00 Uhr

Bürgerforum mit Stadtrat und MdL Dr. Dietmar Pellmann. Das Thema des Abends behandelt die kürzlich im Bundestag verabschiedete und ab April in Kraft tretende Gesundheitsreform. Bürgerbüro MdB Dr. Barbara Höll, Gorkistraße 120.

Impressum:

Herausgeber: Linkspartei.PDS Stadtvorstand Leipzig, Braustraße 15, 04107 Leipzig, fon: 0341 - 14 06 44 11, fax: 0341 - 14 06 44 18

homepage: <http://www.linksparitei-leipzig.de>, email: vorstand@linksparitei-leipzig.de

Spendenkonto: Sparkasse Leipzig, KontoNr.: 11 25 50 42 22, BLZ: 860 555 92

Redaktion: Steffi Deutschmann, Christine Halle, Christina Mertha, Sören Pellmann (V.i.S.d.P.)

Gestaltung: Sören Pellmann

Druck: Stadt Leipzig, Hauptamt

Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich. Redaktionsschluss für die Nummer 3/2007 ist Donnerstag, 8. März 2007. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.